

„Allen wäre geholfen“

BZ-INTERVIEW mit Andreas Dilger vom Ernährungsrat zu dem Vorstoß, ein Bürgergremium zum Thema Ernährung zu gründen

REGION FREIBURG. Der 2018 gegründete Ernährungsrat Freiburg und Region unterstützt die an den Deutschen Bundestag gerichtete Aufforderung des Netzwerks „Ernährungsdemokratie jetzt!“, einen Bürger- und Bürgerinnenrat zum Thema Ernährung einzurichten. Welche Intension dahinter steckt, wollte Andrea Drescher von Andreas Dilger wissen. Er ist Sprecher des hiesigen Ernährungsrats.

BZ: Ihr Ernährungsrat arbeitet hier in der Region an einer nachhaltigen Ernährungsstrategie. Jetzt unterstützt er die Aufforderung, einen Bürgerinnenrat zum Thema Ernährung zu gründen. Reicht eine regionale Strategie nicht aus?

Dilger: Das steht im Kontext des Klimawandels. Agrarwirtschaft und Ernährung sind entscheidende Faktoren – auf globaler, EU-, Landes- und regionaler Ebene. Alle sollten miteinander korrespondieren, denn es gibt bereits Strategien, auch in Deutschland. Die müssen aneinander angepasst und mit entsprechenden Maßnahmen verknüpft werden. Die Herausforderungen bestehen überall, wobei es regionale Unterschiede gibt, je nachdem, ob Getreide oder Sonderkulturen angebaut werden oder Milchwirtschaft betrieben wird. Ergänzend zur regionalen Strategie möchten die Ernährungsräte auf Bundesebene Bürger- und Bürgerinnenräte einrichten, um Verständnis zu wecken für diese Aufgabe, die nur als gesamtgesellschaftlicher Prozess gelingen wird. Dazu muss mit möglichst vielen Beteiligten diskutiert werden.

BZ: Wie wird ein solcher Rat aus Bürgern gebildet? Mit regionalen Unterteilungen?

Dilger: Europaweit hat man schon Erfahrungen damit, auch bei uns. Die Bundesregierung hat dieses Instrument, das zu einer lebendigen Demokratie gehört, im Fokus. Es stehen überall große Veränderungen an, da ist es gut, die Gesellschaft mitzunehmen. Wir haben die Anfrage an den Bundestag initiiert. Die Ausgestaltung wird nicht Aufgabe unseres Netzwerks sein. Es wird sicher nicht so sein, dass es irgendwo eine zentrale Großveranstaltung gibt, sondern dezentrale Veranstaltungen, an denen alle Bevölkerungsschichten vertreten sein werden.

BZ: Wie sicher ist, dass Ergebnisse aus einem solchen Bürgergremium auch tatsächlich umgesetzt werden?

Dilger: Es soll ja kein Diskurs um des Diskurses Willen sein, auch wenn selbst das schon positive Effekte hätte. Ziel ist, dass

solche Ergebnisse in die Legislative einfließen, also in die Gesetzgebung. Eine funktionierende, lebendige Demokratie muss Interesse an gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen haben.

BZ: Wieso ist das gerade jetzt notwendig?

Dilger: Wir haben seit Jahrzehnten eine komplette Entfremdung von Konsumierenden und Landwirtschaft, Lebensmittelverarbeitung und Vermarktung erlebt – Bereiche, die im alltäglichen Leben viel miteinander zu tun haben. Trotzdem hatten wir überhaupt keinen Einfluss darauf. Das fällt uns zunehmend auf die Füße, wie etwa an unterbrochenen Lieferketten zu sehen ist. Es haben sich Abhängigkeiten entwickelt, und es gibt kein Verständnis mehr für Abläufe, Nöte und Praxis von Landwirtschaft. Lebensmittel gibt es halt im Supermarkt.

BZ: Schaut der Otto-Normal-Mensch nicht in erster Linie aufs Geld? Gerade in Zeiten, in denen alles immer teurer wird?

Dilger: Natürlich. Bei genauerem Hinsehen durchschaut man aber auch, woran etwas liegt. In der Regel haben wir die Situation, dass ein Lebensmittel nicht den Wert hat, den es haben müsste. Eine jahrzehntelange „Geiz ist Geil“-Mentalität hat eine

Wertschätzung unmöglich gemacht. Es geht nicht darum, einfach alles teurer zu machen. Sondern darum, eine Entwicklung zu beenden, die alles auf den Kopf gestellt hat. Der größte EU-Topf sind die landwirtschaftlichen Subventionen. Wer die meiste Fläche nachweist, bekommt die größten Zahlungen. Das führt dazu, dass große Konzerne Subventionen abschöpfen. Schon lange gibt es Bemühungen, dies zu ändern in ein Fördersystem, das nachhaltige Leistungen unterstützt. Laut Umfragen gibt es hierfür eine große Zustimmung in der Bevölkerung. Das spiegeln aber politische Entscheidungen bislang nicht. Dabei wäre dies ein wirkungsvoller Hebel: Milliarden in der Umverteilung. Nachhaltig produzierte Lebensmittel würden günstiger und konkurrenzfähiger und wären dadurch im Vorteil.

BZ: Bislang war es schwer, gegen Lobbygruppen und Verbände Neuerungen durchzusetzen. Wie hoch ist denn inzwischen der Leidensdruck der Landwirte?

Dilger: Der Leidensdruck in der Landwirtschaft ist enorm hoch. Traditionelle und kleine Betriebe sterben aus und wir haben riesige Verluste bei landwirtschaftlichen Betrieben. Und die, die es noch gibt, kämpfen um ihre Existenz, weil sie

nicht genügend entlohnt werden, weil die Preise etwa für Milch und Gemüse nicht angemessen sind. Ökologisch arbeitende Betriebe haben das Problem, dass sie innerhalb des nicht nachhaltigen Systems arbeiten und ebenfalls nicht entsprechend entlohnt werden. So wäre allen geholfen.

BZ: Ein Weg, an dem der Ernährungsrat arbeitet, ist, Großküchen mit regionalen Produkten zu versorgen und so den Landwirten die Abnahme ihrer Produkte zu garantieren. Läuft das schon?

Dilger: Da sind wir noch am Anfang. Der

erste Schritt, ein Problembewusstsein zu schaffen und Best-Practice-Akteure zu finden, ist geschehen. Die weiteren Schritte sind, in die Breite zu gehen und Strukturen aufzubauen. Wir haben schon einige Versorger, die Interesse bekundet haben.

BZ: Haben Sie einen Zeitplan?

Dilger: Es würde nichts bringen, zu sagen, wir bekommen das in zwei, fünf oder zehn Jahren hin. Gefordert sind die Kommunen, aber auch jeder Einzelne sowie alle Beteiligten in Produktion, Weiterverarbeitung und Handel. Lieber ein Schritt getan, als auf den perfekten Nimmerleinstag zu warten. Es gilt, Schritt für Schritt prozesshaft eine Dynamik in Gang zu bringen, zu lernen, nachzujustieren und weiter zu entwickeln.

BZ: Müssen nicht auch Schulen einbezogen beziehungsweise Bildungspläne angepasst werden? Oft sind es ja Kinder und Jugendliche, die ihrer Eltern zu Änderungen in ihrem Verhalten bewegen.

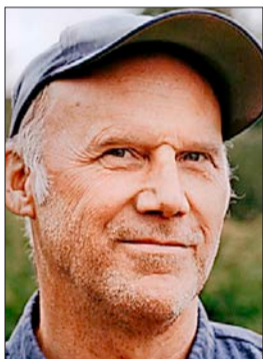
Dilger: Kinder und Jugendliche sind eine wichtige Zielgruppe. Auf dieser Generation ruhen große Hoffnungen. Sie ist es, die in vielen Bereichen den Verantwortlichen aufzeigt, was zu tun ist. Wir müssen da nicht so viel nachhelfen, wir haben eine sehr bewusste, engagierte und für nachhaltige Ernährung offene junge Generation. Es ist eher die Generation der heute Zuständigen, die Nachholbedarf hat. Ernährungserziehung beginnt in der Kita mit den Möglichkeiten, zu gärtnern und zu kochen. Da sind wir im Austausch.

Wir haben heute die Situation, dass die Lebensmittelversorgung nicht in der Zuständigkeit der Kommunen liegt. Das muss wieder eine Selbstverständlichkeit werden – so wie bei Bildung und Wohnen auch. So verstehen sich auch die Ernährungsräte: Wir zeigen einen Missstand auf und machen Angebote; zu uns gehören Landwirte, Wissenschaftler, Politiker, Verarbeiter – die gesamte Wertschöpfungskette ist bei uns abgebildet.

BZ: Wie groß sind die Chancen, dass dem Thema Ernährung mehr politische Relevanz eingeräumt wird?

Dilger: Menschen neigen dazu, Dinge auszublenden. Dann passiert wieder ein Skandal, und es gibt einen Aufschrei. Das kurzfristige Aufbäumen kann individuell ein Motivationsschub sein, bringt aber nicht den dauerhaften Wandel. Dafür brauchen wir strukturelle Systemveränderungen und dafür wiederum ein langfristiges Engagement. Die Zeit ist reif, diesen Diskurs zu führen. Die Bevölkerung möchte längst den Wandel, aber Institutionen und Unternehmen, die von der jetzigen, ungerechten Situation profitieren, stehen dem natürlich im Weg.

Andreas Dilger (58) ist Winzer mit ökologischem Weingut und Reben in Freiburg und Merzhausen, Mitbegründer und Sprecher des Ernährungsrats Freiburg und Region, Gründer des Freiburger Agrikulturfestivals, Mitglied im Netzwerk und im Aufsichtsrat der Regionalwert AG und Vorsitzender von Piwi Deutschland.



Andreas Dilger

FOTO: LENA GIOVANNAZZI



Das Thema Ernährung soll stärker in den Fokus rücken – über einen Rat aus Bürgern.

HINTERGRUND

Solidarischer Weinberg

Beispiele solidarischer Landwirtschaft gibt es inzwischen einige, ein Novum ist dagegen der Solidarische Weinberg, der von Ökwinzer Andreas Dilger am Predigerplatz in Merzhausen angelegt wurde und an dem sich Bürger und Bürgerinnen beteiligen können. Im Gegenzug für 50 Euro pro Monat bekommen sie sechs Flaschen Wein aus Dilgers Betrieb. Die Gemeinde Merzhausen ist mit einem Anteil dabei. Es laufe prima, sagt Dilger über seinen Solidarischen Weinberg. Der erste am Predigerplatz mit einem Hektar Fläche sei komplett, die 100 Anteile seien an insgesamt 150 Personen vergeben. Auf



Trauben vom Weingut Dilger

der Rebfläche wachsen die pilzresistenten Sorten Sauvignac und Donauriesling (beide weiß) sowie Satin-Noir und der noch namenlose, in Freiburg gezüchtete FR 628 (beide rot). Sie haben den Vorteil, sich gegen Echten und Falschen Mehltau besser wehren zu können, weshalb weniger ökologische Spritzmittel benötigt werden. Am Jesuitenschloss gibt es inzwischen eine weitere, zwei Hektar große Fläche für den solidarischen Anbau, für die 100 Anteile vergeben und 100 noch offen sind. Hier gedeihen die Sorten Souvignier Gris, Johanniter, Helios, Prior und Pinot. In Planung ist am Mühlenbuck eine dritte Fläche, die nach dem selben Prinzip bewirtschaftet werden soll. ad